

An den
Vorsitzenden der Kommission für Regionalplanung und
Strukturfragen des Regionalrates
Herrn Thorsten Konzelmann
Bezirksregierung Köln
Zeughausstr. 2-10
50667 Köln

Tel. 0221 1301507
Mobil 0171 / 56 64 09 3
Fax 03222 372 638 6
info@spd-regionalrat-koeln.de
www.SPD-Regionalrat-Koeln.de

Bankverbindung
Stadtsparkasse Köln
IBAN DE43 3705 0198 0013 9739 46
BIC Swift COLSDE33

Konto 13 97 39 46
BLZ 370 501 98

7. April 2015

3.Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am 13. April 2015

Anfrage gem. § 11 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln

Sehr geehrter Herr Konzelmann,
wir bitten Sie, die folgenden Antrag/ Resolution in die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Kommission für
Regionalplanung und Strukturfragen am 13. April 2015 aufzunehmen.

Für einen geordneten Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier

Das Land Nordrhein-Westfalen hat gemeinsam mit den regionalen Akteuren die Innovationsregion Rheinisches Revier ins Leben gerufen. Angesichts des Auslaufens der Braunkohleförderung und -verstromung in den nächsten Jahrzehnten sollen Zukunftsperspektiven für die Region erarbeitet und die Grundlagen für eine zukünftige, nachhaltige Wirtschaftsstruktur geschaffen werden. Dieser Prozeß steht erst am Anfang. Diesem geordneten Prozess eines vorbeugenden Strukturwandels wird durch das von der Bundesregierung vorgelegte "Eckpunktepapier Strommarkt" die Grundlage entzogen. Die Vorschläge würden dazu führen, dass im Revier sechs 600 MW-Blöcke und elf 300 MW-Blöcke stillgelegt werden, da sie nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben wären.

In der Region sind dadurch 30.000 Arbeitsplätze bedroht. Hinzukämen bis zu 70.000 Arbeitsplätze bei Zulieferbetrieben sowie dem örtlichen Handwerk und Gewerbe.

Laufende Tagebaue müssten kurzfristig abgebrochen werden. Längerfristigen Rekultivierungsplanungen würde damit die planungsrechtliche und inhaltliche Grundlage entzogen. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf Landschaftsgestaltung und Wasserwirtschaft.

In der Region laufen Umsiedlungsverfahren, die sich mitten in der Durchführungsphase befinden. Diese würden unterbrochen, da die planungsrechtliche und wirtschaftliche Grundlage entfielen. Es blieben neue Orte mit einer überdimensionierten Erschließung und alte, halb entleerte Ortschaften zurück.

Vorbeugender Strukturwandel benötigt Zeit und klare Perspektiven. Wir fordern die Bundesregierung auf, der Region diese Zeit und diese Zielperspektive zu geben und das "Eckpunktepapier Strommarkt" entsprechend zu überarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Neitzke
Fraktionsvorsitzender